

Amtliches Kreis-Blatt



für den Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreisausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Seite oder deren Raum 25 Pf.,
Reklamezeile 75 Pf.

Ausgabestellen:
In Diez: Römerstraße 36.
In Bad Emst: Römerstraße 96.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Emst.
Verantw. f. d. Schrift. Paul Lange, Bad Emst.

Nr. 256

Diez, Freitag den 1. November 1918

58. Jahrgang

Amtlicher Teil

J.-Nr. 10714. II. Diez, den 29. Oktober 1918.

Die letzten Tage der Zeichnungsfrist.

Noch mehr als je gilt es zu zeigen, daß wir keine Furcht kennen, daß wir unser deutsches Vaterland unzerstört auch aus der größten Not hervorgehen lassen wollen. Unseren Willen zur Einigkeit, zur Behauptung alles dessen, was unsere Väter schweier errungen, unsere Brüder an der Front uns bis heute in Todesstreue gesichert und weiter sichern werden, können wir am machtvollsten durch Zeichnung von Kriegsanleihen betätigen. Wer zeichnet, erhält Haus und Hof, Heimat und Vaterland dauernd sich und seinen Kindern; daran denkt und zeichnet soviel ihr könnt! Geld ist da, und es nützt nirgends besser, als in Form von Kriegsanleihe, die immer noch von allen deutschen Wertpapieren die sicherste ist und bleibt, weil hinter ihr alle, das deutsche Vaterland, jeder Bundesstaat, jede Provinz, jeder Kreis und jede Gemeinde stehen.

Der Landrat.
Thon.

J.-Nr. 3218. K. f. Diez, den 28. Oktober 1918.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Betrifft: Kriegsfamilienunterstützung.

Der Bundesrat hat beschlossen, daß den unterstützungsberechtigten Angehörigen oder zum Kriegsdienst einberufenen Mannschaften vom 1. November 1918 ab eine weitere Unterstützung gewährt werden soll. Für den diesseitigen Kreis ist diese Mehrunterstützung auf 5 Mark für jeden Unterstützten festgesetzt worden. Vom 1. November ds. Js. ab sind also in den Gemeinden des diesseitigen Kreises zu zahlen, monatlich 30 Mark für die Ehefrau und 20 Mark für die Kinder und sonstigen Berechtigten. Da die unterstützungsberechtigten Personen nach meinem Ausschreiben in Nr. 259 des vorjährigen Kreisblattes schon einmal eine Erhöhung von 5 Mark erhalten haben, die in den Unterstützungsbojen mit farbiger Tinte nachgewiesen werden sollen, so berechnet sich die Erhöhung nunmehr auf 10 Mark, die gleichfalls in dem Unterstützungsbojen besonders nachgewiesen werden sollen.

In die Monatspalten des Unterstützungsbojen sind deshalb vom 1. November 1918 ab für die Ehefrau monatlich 20 Mark und für die Kinder und sonstigen Berechtigten monatlich 10 Mark mit schwarzer und bei allen je 10 Mark Erhöhung mit farbiger Tinte einzutragen.

Dementprechend sind in der am letzten jedes Monats der Kreiscommunalklasse zu erstattenden Anzeige über die zur Auszahlung gekommenen Unterstützungsbezüge unter 1 bis 10 Mark für jeden Unterstützungsberchtigten besonders nachzuweisen. (Der alte Vordruck, der noch auf 5 Mark lautet, ist auf 10 Mark abzuändern.)

Die Rechner sind mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Thon.

J.-Nr. 1120. Ln.

Diez, den 28. Oktober 1918.

Bekanntmachung.

Betrifft: Aufstellung der Veränderungsnachweisung für das Jahr 1918.

Diejenigen Herren Bürgermeister, die mit der Erledigung meiner Verfügung vom 13. September d. Js. J.-Nr. 931 Ln., Kreisblatt Nr. 227, betr. „Aufstellung der Veränderungsnachweisung über die landwirtschaftlichen Betriebe für das Jahr 1918“ noch im Rückstande sind, werden hiermit mit Frist von 5 Tagen an die Erledigung derselben erinnert.

Der Vorsitzende des Sektions-Vorstandes
der landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft. Thon

J. 11886.

Diez, den 28. Oktober 1918.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Der Herr Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M. hat vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs genehmigt, daß die seither in dem amtsgerichtlichen Gefängnisse in Diez untergebrachten Polizeigefangenen während der Schließung desselben in dem Zentralgefängnis in Friede Diez Aufnahme finden. An Kosten ist die allgemein für die Aufnahme von Polizeigefangenen in gerichtlichen Gefängnissen vorgeschriebene Vergütung zu erheben. Eine etwa notwendige Vorführung von Polizeigefangenen vor das Amtsgericht ist Sothe der Ortspolizeibehörden.

Der Königl. Landrat.
Thon.

Erfassung der Rohfette.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten und den Herren Postzirpräsidenten hi rjelbst.

Der Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Oele und Fette in Berlin, Unter den Linden 68 a, lebtigt, zur besseren Erfassung der Rohfette nach der Bundesratsverordnung vom 16. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) die Mitwirkung der auf den Schlachthöfen und Schlachtfesten tätigen Tierärzte, Fleischbeschauer, Hallenmeister usw. in Anspruch zu nehmen. Die Mitwirkung dieser Sachverständigen usw. soll auf besonderes Verlangen des Kriegsausschusses und in folgender Weise erfolgen:

- a) Die Sachverständigen sollen der Los trennung des Rohfettes beitragen und sich davon überzeugen, daß die in der vorbezeichneten, bestimmungsmäßig in den Schlachträumen auszuhängenden Verordnung erwähnten Rohfette vollständig losgetrennt werden.
- b) Sie haben das Gewicht des vom einzelnen Tier anfallenden Rohfettes genau zu ermitteln und den Befund in das Beschaubuch einzutragen.
- c) Von Zeit zu Zeit haben sie das Bahnversandbuch oder die Doppelfrachtkriese der Rohfettabtriefer zu prüfen, wobei insbesondere festzustellen ist, ob das verhandte Rohfett mit den Eintragungen im Beschaubuch im Einklang steht. Etwaige Abweichungen sind dem Kriegsausschuss für Oele und Fette, Rohfett-Abteilung, Berlin, Unter den Linden 68 a, mitzuteilen.
- d) Neben den jeweiligen Rohfettansässen sind die zuständigen Magistrate oder Gemeindevorsteher formularmäßig auf dem Laufenden zu halten, wobei insbesondere folgende Angaben gemacht werden müssen:
 1. Ort und Tag der Schlachtung,
 2. Namen der Schlachttenden,
 3. Anzahl und Gattung der Schlachttiere,
 4. Lebend- und Schlachtgewicht der Tiere,
 5. Bemerk, falls eine Not- oder eine Hausschlachtung vorliegt, und
 6. Gewicht des Rohfettansässes.

Für die Mitwirkung bei der Erfassung der Rohfette gewährt der Kriegsausschuss den Sachverständigen usw. eine Vergütung von 4 Mark für je 100 kg. Rohfett, jedoch monatlich mindestens 6 Mark, höchstens 40 Mark. Daneben werden etwaigebare Auslagen erstattet, die bei der besonderen Tätigkeit für den Kriegsausschuss aufgewendet werden müssen. Die monatlichen Forderungsnachweise sind dem zuständigen Magistrat oder Gemeindevorsteher einzureichen, dem die berechneten Beträge nach Prüfung vom Kriegsausschuss für Oele und Fette zur weiteren Veranlassung überwiesen werden.

Ich ersuche, den Schlachthofverwaltungen nahe zu legen, den an sie herantretenden Wünschen des Kriegsausschusses nach Möglichkeit zu entsprechen. Die außerhalb der öffentlichen Schlachthöfe in Betrieb kommenden Beschauer sind anzuweisen, einer Aufforderung des Kriegsausschusses zur Mitwirkung nachzukommen.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

S. A.
gez. Hellrich.

I. 12 019.

Diez, den 29. Oktober 1918.
Abdruck vorstehender Verfügung teile ich den Gemeindebehörden des Kreises mit dem Erischen um Weiterbekanntgabe an die Fleischbeschauer mit.

Der Königl. Landrat.

Thon.

Betrifft: Die Anmeldung zur Umsatzsteuer seitens der Gewerbetreibenden in den Landgemeinden des Unterlahnkreises, die Lurgusgegenstände im Kleinhandel absetzen.

Mit Bezug auf den zweiten Absatz meines Anschreibens vom 12. August ds. Jrs. Kreisblatt Nr. 198, werden die Gewerbetreibenden, die Lurgusgegenstände im Kleinhandel absetzen, hiermit aufgefordert, die bis jetzt unterlassene Anmeldung zur Umsatzsteuer alsbald nachzuweisen und die vorge schriebene Erklärung über den Gesamtbetrag ihres Umsatzes an Lurgusgegenständen in der Zeit vom 5. Mai bis 30. September ds. Jrs. bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben hier mündlich zu machen.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissenschaftlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einer ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vor drucke zu verwenden, die beim Bürgermeister zu haben oder auch hier angefordert werden können.

Wegen der Verpflichtung zur Entrichtung der Umsatzsteuer für die Zeit vom 5. Mai bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. August ds. Jrs. wird auf die Bekanntmachung über die Sicherung der Umsatzsteuer auf Lurgusgegenstände vom 2. Mai ds. Jrs. — Reichs-Gesetzblatt Seite 379 — verwiesen.

Der Vorstand des Kreisbaudhusses.
Thon.

Nichtamtlicher Text

Die 9. Kriegsanleihe.

Bezeichnungen: Verband öffentlicher Feuerwehrlehrungsanstalten in Deutschland 47 000 000; Sparkasse der Stadt Lüdenscheid 25 000 000; Eberswalder Creditbank, e. G. m. b. H. 25 000 000; Pensionskasse f. d. Arbeiter der preuß.-hessischen Eisenb.-Gemeinschaft 20 000 000.

Stegemann über Ludendorff

Bern, 30. Okt. Im Berner Bund schreibt Stegemann: Mit Ludendorff verläßt eine militärische Intelligenz ersten Ranges die kriegerische Bahn. Sein Bestes hat er geleistet, als er mit Hindenburg die Schlachten im Osten schlug und im Herbst 1914 dem Kriege auf den Schlachtfeldern Polens neue militärische Perspektiven eröffnete. Damals bewegte er sich mit absoluter Sicherheit auf den ihm vorgezeichneten Feldern. Heute wird er nicht nur ein politischer General genannt, sondern er scheint auch mit dem Misslingen der letzten großen Offensive belastet. Es ist leicht zu sagen, daß diese misslungen sei, weniger leicht, nachzuweisen, warum sie unternommen wurde und ob sie überhaupt noch gewagt werden durfte. Ludendorff hat sie gewagt und sein großes Können daran gesetzt. Aber er war nicht mehr der alte, auch die strategischen Verhältnisse waren nicht mehr dieselben. Er selbst war inzwischen in Deutschland zum Beherrscher der politischen Sphäre geworden, in die er nicht gehörte und die ihm nicht gehörte, in die er aber vielleicht mehr gezogen worden ist, als ihm anfangs bewußt war. Ludendorff ist Soldat durch und durch, und der Soldat denkt in Entscheidungen nicht wie der Politiker in Entwicklungen. Entscheidungen hat er gefällt, wenn ihn die Reichsleitung um Rat fragte, wie er sie zu fällen pflegte, wenn es sich darum handelte, Operationspläne Gestalt zu leihen. Sein Unglück war, daß er selbst der Politik fremd gegenüberstand und keine Zeit hatte, umzudenken. So ließte er die Politik von der Kriegskarte ab,

Die ungenügend konstruierte Reichsverfassung hat das meiste dazu beigetragen, solche Anomalien zu zulassen. Der schiedende Ludendorff ist eine starke, überstarke Persönlichkeit gewesen, aber stärker war die moderne Entwicklung, die über den Mann der Entscheidungen hinweggeschritten ist, vielleicht weil er falsch entschieden hat, vielleicht weil seine Zeit um war.

Eine schwierige Frage.

Berlin, 30. Okt. (WTB) Bei der Räumung eines Teils des feindlichen Gebietes ist die Oberste Heeresleitung, vor einer außerordentlich schwierige Frage gestellt worden. Es handelt sich um die belgischen Wehrpflichtigen, deren Anzahl in den geräumten Ortschaften sich bereits auf weit über 100 000 beläuft. Trotzdem unsere Gegner seit Anbeginn des Krieges allgemein eine rücksichtslose Internierung aller waffenfähigen Deutschen beschlossen und zum Teil in rohester Weise ausgeführt haben, müßte es die Oberste Heeresleitung, wenn irgend möglich, vermeiden, sich einem derartigen Vorgehen gegenüber diesen Wehrpflichtigen anzuschließen. Auf der anderen Seite ist es aus militärischen Gründen unmöglich, die waffenfähigen Belgier in Freiheit zu lassen, damit diese sofort nach Räumung der Städte in den Kriegsdienst der Feinde treten könnten. Es wurde daher der belgischen und französischen Regierung mitgeteilt, daß die Oberste Heeresleitung bereit ist, die gesamte Bevölkerung des geräumten und auch des möglicherweise noch zu räumenden Gebietes nicht zurückzuführen, sondern sie mit Einschluß der waffenfähigen Männer an ihren Wohnsätzen zu belassen. Dafür erwartet sie aber die Sicherung, daß alle Männer zwischen 18 und 35 Jahren nicht in die belgischen, französischen oder verbündeten Streitkräfte eingereiht werden, auch wo es sich um freiwillige Meldungen handelt. Es steht zu hoffen, daß die belgische und französische Regierung in nächster Zeit auf diesen Vorschlag eingehen werden.

Hue im preußischen Ministerium.

Berlin, 31. Okt. Wie man der „Börs. Btg.“ aus parlamentarischen Kreisen mitteilt, soll der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Otto Hue in das preußische Staatsministerium berufen werden.

Die Tschechen.

Wien, 30. Okt. (WTB) Die Blätter bringen über die gestrigen Vorgänge in Prag noch folgende Einzelheiten: Vormittags fand eine sozialdemokratische Versammlung statt, in der radikale und antidemokratische Forderungen gestellt wurden, u. a. die Entfernung des Kaiser Franz-Denkmales von dem Kai. Die Ferdinandstraße wurde in Masarykstraße, der Franziskaner in Straße der Tschechoslowakischen Legionen, die Franzensbrücke in Wilsonbrücke umgetauft. Zwischen den beiden Brücken dauernten die Friedenskundgebungen in der Stadt ununterbrochen fort. Unter Abjuringen von Nationalhelden wurden Massenmärsche veranstaltet, wobei Offiziere und Soldaten mit tschechoslowakischen Fahnen den Vorritt hatten. Abends waren zahlreiche Fenster illuminiert und Bilder von Wilson und Masaryk ausgestellt. Die Ruhe wurde nirgends gestört und die Ordnung von Polizisten und Mitgliedern der Sokolvereine gewahrt erhalten. Aus der Prager Burg war vormittags die tschechische Fahne gehisst worden zum Zeichen, daß die Burg in die Verwaltung des Nationalausschusses übergegangen ist. Vier drahtlose Stationen in Prag wurden von der Leitung der Nationalwehr übernommen. Die Kaserne des Egerländer Infanterie-Regiments Nr. 73, die seit Jahren in Prag garnisiert ist, steht bereits unter dem Kommando der Sokoln. Die Egerländer verlangten den Abzug in die Heimat. Dies wurde unter der Bedingung bewilligt, daß sie Waffen und Munition zurücklassen. In die Presse ergingen Weisungen

Platt „Bukow“ veröffentlichte die Generalstabserichte der Entente unter der Überschrift „Kriegsberichte unter den Russen“ und den österreichischen und den deutschen Heeresbericht unter dem Titel „Berichte des feindlichen Generalstabs“.

Wien, 30. Okt. Wie die Blätter melden, vollzog sich die Übergabe der staatlichen Behörden an die tschechoslowakischen Nationalausschüsse in Böhmen und Mähren in allen Ressorts ohne Zwischenfall und ohne Reibungen. Die freudigen Kundgebungen dauern fort, ohne daß es zu einem Zwischenfall gekommen wäre. Auch der Streit der Arbeiterschaft in Prag und die Feier der neuen Ordnung des tschechischen Staates verlief ohne Zwischenfälle und Reibungen. Heute wird die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Amerika.

Rotterdam, 30. Okt. (W. B.) „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet aus London, daß der Wahlkampf für den amerikanischen Kongress, der mit dem lärmstarken Manifest Wilsons eingeleitet wurde, die einschneidendste Frage von Krieg und Frieden auf die Tagesordnung bringen wird. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Es geht hier um nicht mehr und nicht weniger als die Frage, ob Land und Kongreß sich für die 14 Punkte Wilsons aussprechen werden. Die Republikaner begannen kürzlich mit der Bekämpfung einiger dieser Ideen. Roosevelt hat sie als gefährlich verworfen; Senator Lodge und andere haben zu vertheidigen gegeben, daß der Senat, wenn die Republikaner ihren Willen durchsetzen, als diejenige Körperschaft im Lande, die das Recht zur Ratifizierung von Verträgen hat, von seinen Rechten ausgiebigen Gebrauch machen wird. Unter diesen Umständen hat der Präsident die Nation vor die scharf umritzte Frage gestellt. Er ist überzeugt, daß die von ihm formulierten Friedensbedingungen die einzige Garantie für einen demokratischen und dauerhaften Frieden sind. Er glaubt, daß sein Erfolg beim Durchsetzen dieser Bedingungen von der ungeteilten Unterstützung durch den Kongreß abhängt und daß es notwendig ist, daß das Land die Republikaner, die die bedingungslose Übergabe Deutschlands unter allen Umständen verlangen, abschwören. Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“, der aus seiner Sympathie für den republikanischen Standpunkt kein Hehl macht, erklärt, daß auch nach der Theorie der Republikaner das Land viel kriegslustiger sei als der Präsident, und daß er die Note des Präsidenten vom 8. Oktober bestreitet habe. Dies ist die jetzige Lage. Es ist klar, daß ein großer, vielleicht nicht wieder gut zu machender Schaden angerichtet werden kann, wenn dem amerikanischen Volke nicht gefaßt wird, ob die Punkte Wilsons die Alliierten befriedigen, oder ob diese mehr verlangen. Senator Pittmann, der Wortführer des Präsidenten im Senat, behauptet, daß die Alliierten die 14 Punkte Wilsons annehmen. Die Republikaner stellen das in Abrede und sagen, daß die 14 Punkte das verdeckte Programm des Präsidenten seien, das den Alliierten vielmals zur Begutachtung vorgelegt worden sei, ja, daß die Alliierten im Wesentlichen wiederholt erklärt hätten, daß sie es für ungünstig halten.

Japan.

London, 30. Okt. (W. B.) Neuter. Die „Times“ erzählt aus Tokio vom 20. Oktober: Marquis Ukuma, der bei Beginn des Krieges Ministerpräsident war, schreibt einen langen Artikel in der Zeitung „Akumin“, worin er die Bedingungen auseinanderstellt, die Japan in dem fernen Osten für nötig hält. Er findet, daß die Verwaltung über die Samoa-Inseln England und den Vereinigten Staaten überlassen werden muß, um den deutschen Stützpunkt im Stillen Ozean zu vernichten, daß Neu-Guinea Australien hinzufallen muß. Die Marshall-, Karolinen- und Marianen-Inseln, die die Japaner befreit halten, sind für Japan wertlos, aber in deutschen Händen gefährlich. Da keine Gründe bestehen, weshalb sie einer dritten Macht gegeben werden sollen, muß Japan im Besitz dieser Inseln bleiben. Das Telegraphenkabel, das Tsingtau mit den südlichen Gebieten über See verbindet, steht jetzt unter Kontrolle der japanischen Flotte.

Graf Hablik und sein Programm.

Budapest, 29. Okt. Der vom König mit der Staatsministeriumsbildung beauftragte Reichstagsabgeordnete Graf Johann Hablik war stets einer der getreuesten Parteigänger Andrássys. Der neue Ministerpräsident wird mit allen Parteien über sein Programm verhandeln. Ihre Unterstützung ist ihm auch gewiß, mit Ausnahme der Karolikapartei, die durch den ungarischen Nationalrat mit den Sozialdemokraten und Radikalen außer engste verbündet ist und auch die Straße vollständig in der Hand hat. Graf Hablits Programm ist: radikalstes Wahlrecht, die Errichtung eines ungarischen Ministeriums des Neuherrn und eines Kriegsministeriums, sowie die Heimbeförderung der ungarischen Soldaten von den Fronten. Graf Hablik wird dem Reichstag auch einen Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der Palatinwürde unterbreiten. Zum Palatin, der zugleich der Oberbefehlshaber des selbständigen ungarischen Heeres sein wird, soll der Feldmarschall Erzherzog Joseph gewählt werden.

Gemäßigt?

Schweizer Grenze, 30. Okt. Die Zürcher Morgenzeitung glaubt zu wissen, daß die Bedingungen doch gemäßigt seien. Sicher sei, daß Wilson die Oberhand behalten werde.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!!: **Urfug.** Wir verweisen auf die heutige Bekanntmachung der Mainkraftwerke, wonach nunmehr festgestellt wurde, daß das Bertrümmern der Hochspannungsisolatoren bei Langenscheid gemäß der gestrigen Notiz nicht auf Steinwürfe zurückzuführen ist, sondern daß mit einem Infanteriegewehr eine große Anzahl Schüsse abgegeben wurde, wobei die Isolatoren als Zielscheibe dienten. Eine abgeirrte Stugel sleg bis in das circa 1 Kilometer weit entfernte Langenscheid und schlug dort in die Dachrinne eines Hauses. In Langenscheid war das Feuer der Kugeln deutlich vernehmbar. Ein solch ungeheuerer Frevel müßte exemplarisch bestraft werden. Diesbezügliche Untersuchungen sind im Gange.

!!: **Abbau der Schnellzugszuschläge.** Die Verwaltungen des deutschen Eisenbahnenverbandes sind entschlossen, der Löfung der Frage eines Abbaues der Verlängerung der Schnellzugsfahrpreise näherzutreten. Die jetzigen Tagen seien für die breiten Bevölkerungsschichten unerschwinglich, und so käme es, daß die im Fahrplan vorgesehenen wenigen Personenzüge ausnahmslos überfüllt sind. Die neuen Tarife sollen voraussichtlich am 1. April 1919 in Kraft treten und so gezeigt werden, daß die heutigen Schnellzugszuschläge um etwa 50 Prozent herabgesetzt werden.

!!: **Limburg, 30. Okt.** Das Bischöfliche Ordinariat hat für den Allerseelentag eine Kirchenkollekte für die Zwecke der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen angeordnet.

!!: **Frankfurt a. M., 30. Okt. (W. B.)** Die Grippe-Epidemie scheint in Frankfurt a. M. jetzt im Rückgang begriffen zu sein, und zwar ist gegenüber den Vorwochen sowohl die Zahl der Todesfälle als auch die Zahl der Erkrankungen, soweit sie sich aus den Aufnahmen in die städtischen Krankenanstalten feststellen läßt, wesentlich geringer geworden.

!!: **Frankfurt a. M., 30. Okt. (W. B.)** Ein Demobilisations-Ausschuß ist aus Mitgliedern des Magistrats gebildet worden, um in Füchtigung mit den beteiligten Kreisen den Übergang aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft (Arbeitsbeschaffung, Wohnungs-, Bekleidungs- und Ernährungsfragen) vorzubereiten. Bei wichtigeren Maßnahmen soll Beratung in der Kriegskommission bzw. Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung erfolgen. Der Demobilisations-Ausschuß und seine Unterausschüsse, die sich auch mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ins Benehmen setzen werden, halten täglich Beratungen ab.

!!: **Worms, 29. Okt.** Die Siedlungszeit seit einigen Wochen eine steigende Belebung, die sich besonders in der Verfrachtung großer Kohlemengen nach den bergwärts gelegenen Umschlaghäfen und dem regen Flößerverkehr nach dem Rhein kundgibt. Der Kohlenverband auf dem Wasserwege nach Preußisch-Sachsen, besonders den Balkanländern, hat aufgehört und kommt dem deutschen Binnengebiet zu gut.

!!: **Griesheim a. M., 29. Okt.** Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, die an der Spitze der Vereinigten Aluminium-Werke steht, erwarb an der preußisch-sächsischen Grenze ein größeres Gelände zur Errichtung eines Aluminium-Werkes.

!!: **Kleinwallstadt, 29. Okt. Mord.** Das Dienstmädchen Josefa Fried wurde vor einer Woche zum Buchenjammeln in den Wald geschickt, lehrte aber abends nicht zurück. Eine Streife, die am nächsten Tage vorgenommen wurde, hatte kein Ergebnis. Am Montag fand man nun die Leiche des Mädchens unter einem Reisighausen nahe dem Schweizerhof vor. Der Schädel war durch Beilhiebe zertrümmert. Die Untersuchung, die sofort eingeleitet wurde, soll bereits zu einer Verhaftung geführt haben.

!!: **Gießen, 30. Okt.** Im Anschluß an das Landwirtschaftliche Institut der Universität soll dem Beschuß der Wiesbadener Landwirtschaftskammer zufolge hier selbst eine Nassauische Kartoffel-Kulturstation errichtet werden, in der das gesamte Versuchswesen des Kartoffelanbaus planmäßig durchgeführt werden soll. Neben der hiesigen Hauptstelle werden Zweigstellen errichtet im Westerwald, im Taunus und in der Rhein- und Mainebene, und zwar allerorten im Anschluß an landwirtschaftliche Winterschulen.

!!: **Cronberg, 30. Okt.** Für 400 Zentner rote Rüben, die die Stadt zur Abgabe an die Bürgerschaft vom Kreislebensmittelamt bezogen hat, fanden sich bisher trotz wiederholten Angebotes keine Abnehmer. Jetzt bietet der Magistrat die Rüben für 8 Mark den Zentner als — Viehfutter an.

!!: **Ortenberg, 30. Okt.** Ein kalter Markt. Bei 4 Grad Kälte begann Montag früh der diesjährige „kalte Markt“. Trotzdem hatten sich außerordentlich viel Besucher eingefunden. Ein sehr lebhaftes Gepräge trug der reich beschichtete Pferdemarkt.

Vermischte Nachrichten.

* **Barmen, 30. Okt.** Die Stadt beschloß die Herstellung von Papiernotgeld im Betrage von vier Millionen Mark.

* **Deserteure als Mörder und Brandstifter.** Eine Anzahl von Deserteuren hat in dem Dorfe Mitteregg in Steiermark das Anwesen des Besitzers Mitterhäuser überfallen. Der Bauer, seine Frau, die Schwester der Bäuerin sowie deren beiden Söhne und eine Tagelöhnerin wurden auf rohe Art ermordet und das Haus ausgeplündert. Die Mörder sind unerkannt geflüchtet. Sie hatten noch die Unverfrorenheit, in Gegenwart ihrer Opfer sich im Hause eine Cierspsele zu bereiten.

* **Stuttgarter Kriegsnugeld.** In Anbetracht des herrschenden Mangels an Zahlungsmitteln beschloß die Stuttgarter Stadtverwaltung, weiteres städtisches Papiergeld (50-Pfennig-Schein, 5-, 20- und 50-Mark-Scheine) im Gesamtwert von 25 Millionen Mark mit Umlaufzeit bis 1. Februar und 1. Juli 1919 auszugeben. Anfang November wird mit der Ausgabe der Scheine angefangen.

* **Beim Spiel tödlich verunglückt.** Der 10 Jahre alte Jakob Böß aus Eppelheim ließ sich von einem mitspielenden Knaben in einer Scheune am Schnürteil in die Höhe ziehen. Der Knabe stürzte ab und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er im Krankenhaus gestorben ist.

Vom 1. November ab fallen nachstehende Züge vorübergehend aus: Wörting 609 (Sonnabends) Frankfurt S. ab 3.06 N., Limburg an 5.48 N. — T. 4845 (W) Niedernhausen ab 10.02 N., Limburg an 11.18 N., Diez an 11.28 N. — T. 4842 (W) Limburg ab 7.39 N., Niedernhausen an 9.11 N.